

Atommüll ohne Ende

*Strahlende Altlasten in Deutschland –
ein Überblick*



ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

Fässer ohne Boden

Vom Dreck, für den es keine Lösung gibt

Über 60 Jahre lang hat Deutschland Atomstrom produziert – und noch immer erzeugen hierzulande Atomanlagen weiteren radioaktiven Müll. 27.000 Kubikmeter hochradioaktive sowie 600.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle werden laut Bundesregierung an kommende Generationen vererbt – strahlend für Millionen Jahre. Bis heute ist kein einziges Gramm davon sicher entsorgt.



(2)

Alle deutschen AKW stillgelegt? In Lingen, Garching und Gronau wird jeden Tag weiterer strahlender Müll erzeugt.

An allen Ecken und Enden gibt es Probleme bei der Atommüll-lagerung. Die Idee der tiefengeologischen Lagerung ist in Gorleben, Morsleben und der Asse gescheitert. Bundesregierung und Atomwirtschaft versuchen dennoch, den Eindruck zu erwecken, sie hätten alles im Griff. Hauptzweck: Auch nach dem Abschalten der letzten AKW den weiteren Betrieb der Urananreicherungsanlage Gronau, der Brennelementefabrik Lingen und von Forschungsreaktoren zu legitimieren.

Zwar kann die heutige Generation den schon vorhandenen Müll nicht mehr aus der Welt schaffen. Sie kann aber dafür sorgen, dass nicht noch mehr davon produziert wird. Und sie kann dafür streiten, unsichere Billiglösungen bei der Lagerung der strahlenden Ewigkeitslasten zu verhindern.

Landkarte des Desasters

Zwischenlager und langfristige Lager

Stetig suggerieren Politik, Industrie und Behörden, tragfähige „Entsorgungslösungen“ für den Müll seien in Sichtweite. Derweil wird er an zahlreichen Standorten bundesweit zwischengelagert, und das überall unter fragwürdigen Bedingungen.



Zwischenlager

langfristige Lager

Einlagerung geplant Anfang der 2030er Jahre

Oberflächennahe, dauerhafte Abfalllager aus Uranabbau

Heiße Hallen und endlose Suche

1. Hochradioaktiver Müll

Auf 340 Billionen Becquerel beläuft sich das radioaktive Inventar eines einzigen Castorbehälters – das entspricht fast sechs Hiroshima- plus sechs Nagasaki-Atombomben. Bundesweit stehen bereits 1.500 solcher Castoren verteilt auf 16 Zwischenlager.

Die Genehmigungen für die Lagerhallen laufen zwischen 2034 und 2047 aus. Die Politik vermeidet es noch, sich mit den daraus ergebenden Fragen zu beschäftigen. Dabei drängen die schon gewaltig:

1. Die Hallenfrage: Die Zwischenlager sind nur unzureichend gegen Flugzeugabstürze und Beschuss mit panzerbrechenden Waffen geschützt. Zwei Hallen haben deshalb schon ihre Genehmigung verloren – etwa in Brunsbüttel, wo das Gebäude im Vergleich zu den anderen Standorten sogar relativ dickwandig ist. Die Castoren stehen trotzdem weiter dort. Auch gegen neue Szenarien wie Terrorangriffe mit Drohnen sind die Zwischenlager nicht gewappnet.

2. Die Castorfrage: Niemand weiß, wie lange die für 40 Jahre ausgelegten Castoren sicher sind. Expert*innen befürchten, dass Wärmeentwicklung und hohe Strahlung die Behälter schädigen.

3. Die Zeitfrage: Voraussichtlich erst im nächsten Jahrhundert wird ein langfristiges unterirdisches Lager für den Müll aus dann etwa 1.750 Castorbehältern verschlossen. Bis dahin dauert es noch viele Jahrzehnte – obwohl Hallen und Behälter für nur 40 Jahre ausgelegt sind.

Das Standortauswahlgesetz (StandAG)

definiert das Verfahren, mit dem nach einem langfristigen Lager für hochradioaktiven Müll gesucht werden soll.

.ausgestrahlt kritisiert:

- Betroffene haben keine echten Mitbestimmungsrechte.
- Klagemöglichkeiten gegen die Standortentscheidung sind eingeschränkt.
- Der Zeitdruck, der auf dem Verfahren lastet, erlaubt keine größeren Korrekturen im Verfahren. Im Gegenteil: Einschritte sind vor allem bei der Beteiligung und der Wissenschaftlichkeit zu befürchten.

Tickende Zeitbombe

2. Schwach- und mittelradioaktiver Müll

Asse II und Morsleben: Schatten der Vergangenheit

Bis Ende der 1970er Jahre wurde schwach- und mittelradioaktiver Atommüll, hauptsächlich aus AKW, in das ehemalige Bergwerk Asse II bei Wolfenbüttel gekippt. Einlaufendes Wasser macht den Schacht heute zu einer tickenden Zeitbombe. 2010 wurde entschieden, dass die etwa 126.000 Fässer mit u.a. fast 30 Kilo Plutonium zurückzuholen sind, doch die Bergung soll laut aktuellen Planungen erst 2033 beginnen.



(3)

Das „Abkippverfahren“ in der Asse galt damals als innovativ weil besonders kostengünstig

Im alten DDR-Salzbergwerk Morsleben in Sachsen-Anhalt wurde von 1971 bis 1998 Atommüll eingelagert. Derzeit wird es wegen Einsturzgefahr verfüllt.

Schacht Konrad: Risiko für die Zukunft

Anfang der 2030er Jahre sollen in das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter etwa 300.000 Kubikmetern schwach- und mittelradioaktive Abfälle versenkt werden. Dagegen spricht:

- Die Langzeitsicherheit ist umstritten.
- Einen Vergleich mit anderen Standorten hat es nie gegeben.
- Schon heute fließt mehr Wasser in das Bergwerk als in die Asse.

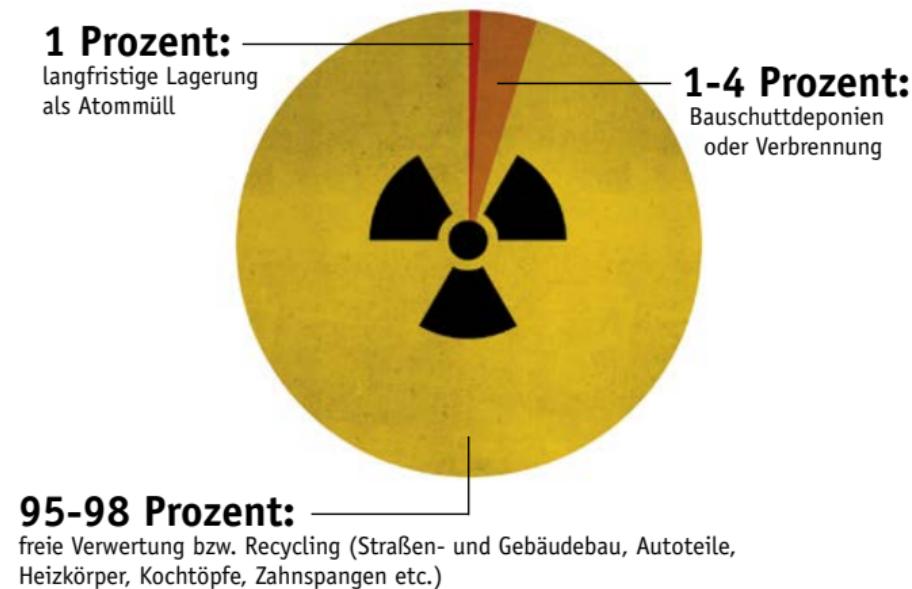
Mittlerweile ist klar, dass noch einmal so viele mittel- und schwachradioaktive Abfälle zusätzlich anfallen, darunter der gesamte Müll aus der Asse und Abfälle aus der Urananreicherungsanlage Gronau. Für diesen Müll gibt es noch keine konkreten Planungen.

Atomschrott zu Kochtöpfen

3. Atommüll aus AKW-Abriss

In Deutschland werden insgesamt 33 AKW abgerissen; damit fallen innerhalb weniger Jahre bis zu 6,2 Millionen Tonnen zusätzliche, schwach strahlende Reststoffe an: Beton, Metalle, Kunststoffe, Isoliermaterial, Glas. Hinzu kommen Abfälle aus Forschungszentren, Konditionierungsanlagen etc. Was damit passiert:

- Ein Großteil wird zerkleinert, geschrubbt und bearbeitet – die Radioaktivität wird nicht weniger, sondern nur in der Umwelt verteilt.
- Das so „freigemessene“ Material wird aus dem Atomgesetz entlassen und landet undeklariert auf Bauschuttdeponien, wird wie Hausmüll verbrannt oder als Wertstoff recycelt.
- Künstliche Radioaktivität aus den AKW landet so in Kochtöpfen, Konservendosen oder Baumaterial, in der Luft, die wir atmen, im Wasser, das wir trinken und in Lebensmitteln, die wir essen.



Das 10-Millisievert-Konzept besagt, dass Menschen pro Jahr höchstens 10 Millisievert zusätzliche künstliche Strahlung abbekommen sollen, um Gesundheitsrisiken so gering wie möglich zu halten. Es weist zahlreiche Mängel auf, suggeriert aber, die Belastung für die Bevölkerung sei berechenbar. Doch das trifft nicht zu - insbesondere deshalb, weil es nicht für die großen Mengen entwickelt wurde, die nun anfallen.

Verursacherprinzip ade

Zahlen werden wir alle

Keiner weiß, was der Abriss der AKW und die jahrtausende-lange Lagerung des Atommülls kosten werden. Klar ist nur: Die bisherigen Rückstellungen reichen sicher nicht aus.

KOSTENPUNKT: ATOMMÜLLERBE

?

mehr als
130
Mrd. Euro



- Ende 2016 beschloss der Bundestag, dass die AKW-Betreiber mit einer Einmalzahlung von 24 Milliarden Euro in einen sogenannten „Atommüllfonds“ von jeder Haftung für radioaktive Abfälle befreit sind. Die Zwischenlager samt Inhalt sind an eine staatliche Gesellschaft übergegangen.
- Sobald das Geld im Fonds aufgebraucht ist, muss die Allgemeinheit einspringen.
- Eine Nachschusspflicht für die AKW-Betreiber ist nicht vorgesehen. Sie sind fein raus.

Fazit: Diejenigen, die über Jahrzehnte Abermilliarden mit ihren Atomkraftwerken verdient haben, sind für die Folgen nicht mehr verantwortlich. Der Atommüll gehört künftig dem Staat, also uns allen. Und nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder, Enkel*innen und Urenkel*innen zahlen die Zeche, sowohl finanziell als auch **aufgrund der gesundheitlichen Risiken**.

ausgestrahlt fordert:

Atommüllproduktion sofort stoppen!

Jedes weitere Gramm Atommüll verschärft das Problem und führt alle politischen Bemühungen um eine faire Suche nach langfristig risikoarmen Lösungen ad absurdum.

.ausgestrahlt fordert:

- Sofortiger Stopp aller Forschungsreaktoren und Atomfabriken.
- Das havarierte Atommülllager Asse muss unverzüglich geräumt werden - dazu gibt es keine Alternative.
- Aufgabe von Schacht Konrad und Start einer neuen, wissenschaftsbasierten Standortsuche für die langfristige Lagerung des gesamten schwach- und mittelradioaktiven Abfalls.
- Eine gesellschaftliche Verständigung über den Umgang mit dem Atommüll bis zur Einlagerung in einem „Endlager“.
- Echte Beteiligung bei der Suche nach „Endlagern“ für schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle.
- Atommüll aus dem AKW-Abriss darf nicht aus der atomrechtlichen Kontrolle entlassen werden.
- Finanzielle Interessen dürfen in der Atommüllfrage niemals über dem gesundheitlichen Schutz der Bevölkerung stehen.

Große Bergstraße 189
22767 Hamburg
Tel. 040 – 2531 89 40
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto:
.ausgestrahlt e.V.
IBAN: DE51 4306 0967 2009 3064 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank

4. Auflage, Januar 2026
Gesamtauflage 14.000
V.i.S.d.P.: A. Simon

.ausgestrahlt ist als gemeinnützig anerkannt.
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Fotonachweise: Titelbild Julia Baier,
bearbeitet; (2) fotolia.de; (3) Bundesamt für
Strahlenschutz; Grafiken: SCHIERRIEGER

.ausgestrahlt
gemeinsam gegen atomenergie

